

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 3/11

Sept. 2011

12. Jahrgang

Das Lesen der *Stimme der Freiheit* schädigt die Unwissenheit,
gefährdet die Nachtruhe und fördert das Nachdenken.

Euroland bald abgebrannt?

Was ist das für eine Währung, die ständig gerettet werden muß? Da lobe ich mir doch die gute alte Deutsche Mark. Sie bescherte uns das Wirtschaftswunder, während uns der Euro den Kollaps unserer Staatsfinanzen beschert, - demnächst. Die Stabilität des Euro sollte auf drei Säulen ruhen: Klare Obergrenzen für die jährliche Neuverschuldung der teilnehmenden Länder, hier: 3 % des Bruttoinlandsprodukts und 60 % bezüglich der Gesamtverschuldung. Zweitens enthält der Vertrag von Maastricht die so genannte No-bailout-Klausel, wonach kein Euro-Land für die Schulden eines anderen haftet. Und drittens sollte die Europäische Zentralbank (EZB) politisch unabhängig sein, insbesondere ist es ihr verboten, Staatsanleihen aufzukaufen und damit quasi Geld zu drucken, hat doch die EZB für solche verbrecherischen Spielchen nicht genug eigenes Geld. Alle drei Prinzipien wurden von den Bundestagsabgeordneten, von der Bundesregierung und von unseren EU-„Freunden“ in die Tonne getreten! Damit wurde nicht nur der Maastrichter Vertrag gebrochen, nein, auch das Grundgesetz wurde verletzt, verbietet es doch die Finanzierung ausländischer Staatshaushalte!

Durch die verbrecherische „Gelddruckerei“ der EZB ist die Schuldenbilanz der EZB auf 1,9 Billionen Euro angewachsen! Die EZB verfügt aber nur über 82 Milliarden Euro an Eigenkapital. Selbst „kleine“ Verluste aus der aufgeblasenen Bilanzsumme können das Eigenkapital der EZB vernichten. Zudem hat Brüssel einen großen Schuldenverschiebepark beschlossen: Deutschland, die Niederlande, Österreich und Co. haben für die Schuldenländer gerade zu stehen. Durch diesen „Schachzug“ sank die Bonität Deutschlands: So muß Deutschland an den Kapitalmärkten wegen der Schulden Dritter für eigene neue Schulden nun plötzlich selbst höhere Zinsen bezahlen. 1 % höhere Zinsen bedeuten Mehrkosten von circa 20 Milliarden Euro, das entspricht den Ausgaben des gesamten Verteidigungshaushalts. Im Gegenzug zahlen die Schuldenländer - wie übrigens schon seit Einführung des Euro - niedrigere Zinsen, als sie für ihre alten Währungen zahlen mussten, was diese erst so richtig zum Schuldenmachen animiert hat. Dieses bewährte Modell begeistert sie nun erst recht, sich auf deutsche Kosten munter weiterhin „billiges“ Geld zu pumpen. Bei Portugal, Italien und Spanien existiert tatsächlich die Erwartungshaltung, daß Deutschland schon für alle zahlen wird! Diese erdrückende Last wird Deutschland nicht schultern können.

Und nicht nur das! Zusätzlich zu allen Hilfen an marode Staaten gibt es auch noch sogenannte „Geheimbürgschaften“ der EU-Staaten. Wie der dänische Finanzminister Jan Kees de Jager bestätigte, erhielt Griechenland eine solche „Geheimbürgschaft“ über weitere 35 Milliarden Euro. Offenbar sollen Finanzmärkte und EU-Bürger vom unabwendbaren Euro-Kollaps möglichst lange im Unklaren gelassen werden. Darüberhinaus werden Geld und Kredit ohne Sicherheiten aus dem Nichts, sprich, ohne Gegenwert, geschaffen. Der FDP-Abgeordnete Frank Schäffler warnt zu Recht vor diesem Schneeballsystem. Wie jedes Schneeballsystem wird es früher oder später in sich zusammenbrechen. Damit befinden wir uns laut Herrn Schäffler auf dem Weg in die Knechtschaft. Diese Belastung wird den Euro kosten. Und sie kann den Frieden in Europa kosten!

Ja, es ist unstrittig: Wie schon in der Weimarer Republik ist Deutschland von Freunden umzingelt. Und wie schon in der Weimarer Republik läßt sich Deutschland wieder einmal schier unbegrenzt zur Kasse bitten. Da sage noch mal einer, Geschichte wiederhole sich nicht, wenn man aus ihr lernt! „Unsere“ Politiker haben offenbar gar nichts gelernt. Sie nehmen zwar sonst alles an, aber leider keine Vernunft! Und allen voran die Grünen, die nach- und ausdrücklich zum Schaden des ganzen deutschen Volkes für ständige Transferzahlungen an marode Volkswirtschaften eintreten! Unsere Steuergelder für Griechenland, die Schuldenlast aber für unsere Kinder: Das ist grüne Politik! Da mittlerweile keine große Partei mehr das Wohl des Volkes voranstellt, ist es kein Wunder, wenn Prof. Stefan Homburg, der Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen der Universität Hannover, sein eigenes Geld freudig in hochverzinsliche

Griechenland anleihen investiert mit der Begründung, daß er wunderbar schlafe, weil er, so wörtlich, „an die grenzenlose Dummheit der Bundesregierung glaube!!! - Sie wird zahlen.“

Am 11. Februar 2011 haben alle Regierungschefs der EU mit ihrer Hilfszusage an Griechenland das EU-Recht gebrochen. Am 7. Mai erklärte die Bundeskanzlerin, daß die Griechenland-Hilfe eine einmalige Hilfe sei. Das war gelogen! Am 27. Okt. 2010 erklärte die Bundeskanzlerin, daß der Rettungsschirm 2013 ausläuft, weil man nicht die Erwartungshaltung fördern wolle, daß die Steuerzahler Deutschlands immer irgendwie einspringen würden. Nun läuft der Rettungsschirm doch nicht aus. Es war also doch keine einmalige Hilfe. Also war auch das wieder gelogen!

Dazu der ehemalige langjährige Ministerpräsident Baden-Württembergs, Erwin Teufel: „Ich würde keinem Politiker vertrauen, der sich nicht an Recht und Gesetz, nicht an die Verfassung hält. Denn keiner von uns steht über dem Recht. Das ist das Wesen des Rechtsstaats.“ Und weiter: „Wenn Staats- und Regierungschefs in einer Nacht wesentliche Stabilitätskriterien wegputzen, die in Verträgen festgehalten, also geltendes Recht sind, geht Vertrauen verloren. Vom Bürger erwartet man, daß er sich an Normen, an Recht und Gesetz, an Verträge hält – und Staats- und Regierungschefs tun es nicht.“

Starökonom Max Otte in „Focus money“ (online): „Ich hätte nie gedacht, dass die Bundesregierung so komplett einknickt, was die Stabilitätsfragen des Euro angeht, – daß sie sich völlig über den Tisch ziehen und überfahren läßt. Sie hat im Prinzip eine deutsche Position nach der anderen aufgegeben. Von den vielen Ankündigungen von Kanzlerin Merkel ... ist nichts mehr übrig.“

Griechenland ist allen heuchlerischen Beteuerungen zum Trotz aufgrund seiner schwachen Wirtschaftskraft auch künftig nicht in der Lage, auch nur die Zinsen zurückzuzahlen. Was macht Griechenland nun eigentlich mit einem Teil der nicht zuletzt deutschen Notgelder?

Es ist kaum zu fassen: Griechenland kauft dafür Gold! Statt seine Goldreserven (111,46 Tonnen!!!) zu verkaufen und damit einen Teil seiner Schulden zu tilgen, kauft es auf Kosten der schwer arbeitenden deutschen Steuerzahler noch Gold hinzu. EU und Bundestag schreiten nicht ein. Man gewinnt den Eindruck, der EU ist nur noch an der Vernichtung Deutschlands gelegen!

Außer dem betrügerischen Griechenland stehen als weitere Bettler auch noch Zypern, Portugal, Spanien, Italien auf der Matte. Und demnächst auch noch Frankreich. Falls Italien und Spanien unter den Euro-Rettungsschirm müssen, würden auf Deutschland Zahlungen und Bürgschaften von nahezu 800 Milliarden Euro zukommen, im Falle von Frankreich sogar insgesamt 1.700 Milliarden Euro (Bernstein-Research, PAZ vom 6.8.11). Das wäre Deutschlands Staatsbankrott! Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Hans Olaf Henkel, schrieb in der *Bild am Sonntag* vom 12. Juni 2011: „Es wird Zeit, daß sich die Politik mit der wahren Ursache der Misere befasst: dem sturen Festhalten am Einheitseuro für unterschiedliche Wirtschaftskulturen. Dadurch werden die Südländer daran gehindert, ihre Währungen abzuwerten und so wieder wettbewerbsfähig zu werden, und die Nordländer werden gezwungen, immer neue Rettungspakete zu schnüren.“

Mit jedem Notkredit steigt der Schuldenstand der auf großem Fuße lebenden Länder weiter. Schon längst machen sie sich der Insolvenzverschleppung schuldig und vernichten auf diese Art das von den deutschen Bürgern hart erarbeitete Geld! Die Transferunion ruiniert nicht nur die deutschen Staatsfinanzen, sondern auch noch die Renten der heute arbeitenden Generation.

„Die Euro-Rettungsschirme gefährden die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Sie stehen am Beginn einer langen Kette von Rettungsschirmen und Hilfen, die Deutschland den Krisenländern wird geben müssen. Auch der Staat kann sein Geld nur einmal ausgeben. Was nach Griechenland und Portugal fließt ... geht zulasten des Lebensstandards der Deutschen. Die deutschen Rentner werden zu den ersten Opfern der Rettungsschirme gehören“ (Ifo-Chef Hans Werner Sinn). Zu den Opfern gehören die deutschen Rentner schon lange, weil alles verfügbare und nicht verfügbare Geld im EU-Moloch verschwindet.

So ist z. B. unser Nachbar Polen nach Griechenland, auch durch von der EU tolerierten milliardenschweren Agrar-Subventionsbetrug, der zweitgrößte Empfänger von EU-Zahlungen und liegt damit als Kostgänger auf unser aller Geldbeutel! Hierzu äußert sich ein ehrlicher Pole, der Europa-Abgeordnete Marek Migalski mit den Worten: „In Brüssel verdiene ich zu viel. Es sollte nicht so sein, daß ich doppelt soviel verdiene wie der polnische Staatspräsident.“ Dieses gelte vor allem vor dem Hintergrund seines Arbeitspensums: Dieses beschränke sich auf ein oder zwei Sitzungen im Monat und drei Arbeitstage in den Kommissionen. Aber er hat auch eine Erklärung für die Großzügigkeit der EU parat: „Brüssel stopft uns mit Geld voll, damit wir uns nicht aufregen, daß wir dort überhaupt keinen Einfluß haben.“ (PAZ vom 23.07.2011)

Der Euro-Wahn macht Deutschland arm...

Der Vorsitzende der Euro-Zone, Jean-Claude Juncker, kämpft nicht für den Euro, auch nicht für die europäische Idee, nein, in nationalistischer Manier kämpft er einzig und allein für sein Land, für Luxemburg. Denn ein Schuldenschnitt griechischer Anleihen würde in besonderem Maße Luxemburger Banken treffen, macht doch die Bilanzsumme der Luxemburger Banken das 18fache des Luxemburger Inlandsprodukts aus gegenüber dem lediglich Zweieinhalbfachen in Deutschland. Um Luxemburger Banken zu schonen, blutet der deutsche Steuerzahler weiterhin, müssen selbst unsere Enkel und Urenkel noch für griechische Schulden zahlen. So werfen wir gutes deutsches Geld dem griechischen hinterher. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt das zu Recht eine „europäisch sanktionierte Konkursverschleppung“.

Diese Transferzahlungen bedeuten nicht nur einen Bruch des Grundgesetzes, nein, sie stehen auch für einen Bruch des Maastrichter Vertrages. Verantwortlich hierfür ist der EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, kürzlich erst von Deutschland mit dem Aachener Karlspreis geehrt.

Deutschland hat überhaupt eine seltsame Vorgehensweise bei der Vergabe von Ehrungen entwickelt. So wurden bereits viele Staatsmänner geehrt, die sich dadurch auszeichneten, zum Schaden des deutschen Volkes zu wirken. Täter wie Tito und Churchill reihen sich nun „ehrentoll“ ein in der deutschen Ruhmeshalle der größten Verbrecher am Menschen- und Völkerrecht.

Aus einem Leserbrief an die PAZ (vom 25.06.2011) von einem in Spanien lebenden Deutschen: „Wenn ich morgens die menschenleeren Straßenzüge in deutschen Innenstädten (so daß ich ernsthaft nachfrage, ob heute Feiertag sei, und man mir antwortet: „Nein, die sind alle in den Büros und arbeiten!“) vergleiche mit den zu jeder Tageszeit proppenvollen Cafés, Bars und Restaurants in Spanien, in denen man zum großen Teil Pause machende Arbeitnehmer ausmacht, dann kommt mir der Ausspruch wie von selbst in den Kopf: „Die Deutschen erarbeiten das Geld und die anderen verbraten es!“

Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Gerald Mann vergleicht die Eurozone mit einer Wohngemeinschaft: „Die einen spülen jeden Tag das Geschirr ab, und die anderen sagen, solange noch was im Geschirrkasten ist, kann es stehen bleiben. Da ist es am besten, man geht getrennte Wege.“ Da aber genau das von unseren Volksverrätern, pardon, Volks(ver)tretern, nicht gewollt ist, hat wohl der Börsenexperte Dirk Müller („Mister DAX“) Recht, als er im Juni 2011 in der Telebörse verlauten ließ: „Die finale Phase hat begonnen, der Kollaps steht bevor!“ Ein Ende mit Schrecken wäre das sofortige Ausscheiden Deutschlands aus der Währungsunion. Dazu noch einmal der bereits oben zitierte Wirtschaftsexperte Stefan Homburg: „Es wäre besser, unter den Euro einen Schlußstrich zu ziehen und zur D-Mark zurückzukehren!“

Doch leider: „...auf vorgeschrieb'nen Bahnen zieht die Menge durch die Flur. Den entrollten Lügenfahnen folgen alle – Schafsnatur!“ (Goethe)

PR

Der etwas andere Schuldenrettungsplan:

Es ist ein trüber Tag in einem abgelegenen amerikanischen Dorf. Es regnet. Alle Straßen sind wie leergefegt. Die Zeiten sind schlecht, seit Jahren. Jeder hat Schulden und alle leben auf Pump, seit Jahren.

Müde erreicht eine ver(w)irrte deutsche Touristin, Frau Merkel, das arme Dorf und hält vor einer zweitklassigen Absteige. Sie sagt dem Hotelier, daß sie sich einige Zimmer ansehen möchte, um eventuell für eine Nacht zu bleiben. Als Kautions legt sie 100 Dollar auf den Tresen und läßt sich die Zimmerschlüssel aushändigen. Kaum ist die Besucherin die Treppe hinauf, schnappt sich der Hotelier die 100 Dollar, rennt zu seinem Getränkeshändler und bezahlt seine Schulden. Der Getränkeshändler läuft die Straße hinunter und bezahlt beim Bauern seine Schulden vom letzten Markttag. Der Bauer nimmt die 100 Dollar und bezahlt seine Schulden beim Futtermittelverkäufer. Dieser wiederum bezahlt seine Schulden in der Kneipe „Zum letzten Schluck“. Der Gastwirt schiebt den Geldschein über die Theke zu einer dort sitzenden Prostituierten, die aufgrund der harten Zeiten dem Wirt einige Gefälligkeiten auf Kredit erwiesen hat. Die Hure rennt zu der zweitklassigen Absteige und bezahlt dort ihre ausstehende Zimmerrechnung. In dem Moment, als sie den 100 Dollar-Schein auf den Tresen legt, kommt Frau Merkel verärgert die Treppe herunter, nimmt die 100 Dollar wieder an sich und verläßt das Dorf.

Niemand produzierte etwas. Niemand verdiente etwas. Alle Beteiligten sind ihre Schulden los und schauen mit großem Optimismus in die Zukunft.

Das Märchen von der Integration IV

Durch die nahezu ungezügelter Einwanderung ist eine Vielfaltsgesellschaft entstanden, durch die die Selbstgettoisierung fremder Kulturen stetig zunimmt und sich zu einer Gefahr für ein friedliches Zusammenleben auswächst. Sie gebiert Werte- und Identitätslosigkeit, die ihren Ausdruck in mehr als dreifach so hoher Kriminalität im Vergleich zu Einheimischen findet.

Schon vor nahezu einem Jahrzehnt erkannte der damalige Fraktionschef der CDU, Wolfgang Schäuble, daß „nur gemeinsame Werte und auch die nationale Zusammengehörigkeit unserem Staat Stabilität verleihen können“. Stattdessen aber wurden unter der Doktrin des „Multikulti“ verschiedene Kulturen ermutigt, von der Mehrheitsgesellschaft abgetrennte Leben zu führen. In diesem Sinne lassen Sie mich den Kommunisten Friedrich Engels zitieren, der zumindest in diesem Punkte unbezweifelbar Recht hatte: „Wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einzigen, unteilbaren, starken, freien deutschen Volke!“

Die hemmungslose Gewaltbereitschaft ausländischer Jugendlicher macht Angst. Im Jahre 2008 zählten wir 44.857 ausländische jugendliche Täter von über 14 Jahren. Die Statistik wird darüber hinaus noch verzerrt durch die übereilt erfolgte Einbürgerung. Dadurch werden viele Täter einfach der deutschen Volksgruppe zugerechnet. Aber auch so sind es 44.857 Täter zuviel, die in unserem Land nichts mehr verloren haben. Wir fordern: Schluß mit dem Import von Kriminellen, und Schluß mit der Duldung der ausreisepflichtigen Ausländer, von denen 85% „geduldet“ untertauchen. Wir fordern konsequentes Ausweisen wie in der Schweiz.

Anderes Beispiel: In Paris werden 80 % der Straßendiebstähle von minderjährigen Zigeunern begangen. Aber im Gegensatz zu Deutschland wird in Frankreich gehandelt. Der französische Innenminister Claude Gueant hat angekündigt, dass mit dem neuen Zuwanderungsgesetz die Zahl der illegalen Einwanderer schnell reduziert wird: „Wir haben das Ziel von 28.000 Ausweisungen für 2011“. Wie sehen Deutschlands Ziele diesbezüglich aus?

Der Berliner Rapper Harris, Sohn eines schwarzen GIs und einer Deutschen, kritisiert im „Spiegel“ vom 25.10.2010 den mangelnden Integrationswillen einiger Zuwandererkinder mit den Worten: „Ich bin in Kreuzberg geboren und mit Arabern, Türken, Afrikanern, Polen, Jugoslawen auf der Straße groß geworden. Alles meine Freunde. Einige wurden kriminell. Wenn die aus dem Gefängnis kamen, haben sie auf die deutsche Polizei geschimpft... Die Rechtfertigung lautete immer: Deutschland gibt uns keine Chance. Aber das stimmt nicht. Ich selber war auf einer Schule für Schwererziehbare. Da gibt es Förderkurse, da gibt es Extra-Förderkurse und Förderkurse für Förderkurse. Da kann keiner sagen, dass Deutschland nichts für diese Jugendlichen macht. Die wollen nicht! ... Diese kriminellen Alis versauen den Ruf aller gut integrierten Araber und Türken.“

Dazu ein Beispiel: Im Manifest deutscher Muslimbrüder vom 9. Februar 2011 heißt es: „... Wir wollen uns nicht integrieren lassen: Wir *verlangen*, daß wir mit unseren eigenen Wertvorstellungen akzeptiert werden... Wir sind Muslime, und das Bekenntnis zum Islam setzt der Anpassung an eine „westliche Wertegemeinschaft“ klare Grenzen. Wir Muslime haben unsere eigenen Werte, die wir nicht eintauschen werden gegen westliche gesellschaftspolitische Vorstellungen...“.

Nach Schätzungen des Islam-Instituts in Soest werden sich in 2045 circa 52 Millionen(!!!) Muslime in Deutschland aufhalten. Wohin der islamische Kuschelkurs führt, sieht man in Belgien. Dort ist schon jedes zweite Neugeborene ein Kind Allahs. In Belgien, bereits heute auf dem Weg zum Gottesstaat, dürfen z. B. Polizisten in der Stadt Brüssel in den muslimischen Vierteln während des Fastenmonats Ramadan nicht essen!

Während ein Deutscher für das Erlernen einer Fremdsprache gutes Geld hinlegen muss, werden dem Asylanten kostenlose Deutschkurse aufgeschwatzt, die dieser aber partout nicht annehmen will. Nun ja, welcher stolze Türke möchte sich schon gerne in ein Volk von Ausschwitzmördern integrieren, wie unsere Politiker nicht müde werden, unsere 1000jährige Kulturgeschichte auf zwölf Nazi-Jahre zu verkürzen und die eigenen Bürger zu verunglimpfen. Andererseits: Wer zwingt eigentlich die Türken, sich aus ihrer großen Nation in das von ihnen verachtete Deutschland zu begeben, wo sie sich so gar nicht zu Hause fühlen? Warum wandern sie nicht weiter in ein Land, dessen Sprache sie schätzen? (Schätzen sie nur unser Geld?)

Und was sind das hier eigentlich für Türken? Darüber wundert sich sogar die in Berlin lebende Halbtürkin und Schauspielerinnen Jasmin Gerat: „Ich bin aus allen Wolken gefallen, als ich die modernen Frauen und Männer in Istanbul gesehen habe. Das Gegenteil (!) von Berlin-Kreuzberg.“

Am 27.02.2011 trat der türkische Ministerpräsident Erdogan in Düsseldorf vor 11.000 türkische Landsleute, um sich in schändlicher Weise in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen und unser Land übel zu schmähen. Erdogan sprach sich für die türkische Unterwanderung Deutschlands aus.

Dazu und zum türkischen EU-Beitritt sagt die FBU ein deutliches NEIN! Wie auch schon Frankreich. Statt Erdogan zu widersprechen, versprach ihm unsere Frau Merkel gar noch, dass die Bundesregierung prüfen werde, wie sie die Teilnahme von 1,6 Millionen Türken an den türkischen Parlamentswahlen erleichtern kann. Deutschland gilt mittlerweile als der viertgrößte türkische Wahlbezirk!

Wie bizarr das alles ist, merkt man besonders daran, dass sich Frau Merkel bis heute noch keinen Deut darum gekümmert hat, wie sich mehr als eine Million Deutscher in den von Polen, Russland und der Tschechei zwangsverwalteten und nach wie vor deutschen Ostgebieten in Schlesien, in Pommern, in Ostpreußen, im Sudetenlande, in..., an den Wahlen zum Deutschen Bundestag beteiligen können!!!

Auch der in Deutschland lebende Gründer von Öger Tours, Vural Öger, wundert sich: „Man kann nicht in Deutschland arbeiten und sich irgendwie zu Hause in der Türkei fühlen – das geht natürlich nicht.“

Der Autor Henryk M. Broder fragte einen türkischen Kollegen, warum es von Erdogans Rede keine deutsche Übersetzung gebe, woraufhin er die Antwort erhielt: „Integration ist keine Einbahnstraße“, er solle halt Türkisch lernen. Seit wann sollen sich Deutsche in Deutschland integrieren??? Wer soll diese Perversion noch verstehen?

Und nun wird Berlin-Neukölln auch noch von Roma aus Bulgarien und Rumänien überrannt, während etliche Frankreich verlassen müssen. Der Bezirks-Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) mußte 68 Projekte der Jugendhilfe einstellen, weil die öffentlichen Kassen durch die Kosten der illegalen Einwanderer überlastet sind. Über 500 Roma-Kinder besuchen Neuköllner Schulen. Dazu Buschkowsky: „Kinder ohne festen Wohnsitz, ohne behördliche Anmeldung und ohne gesetzliche Vertreter können wir nicht beschulen. Eine solche Handhabung würde alle rechtsstaatlichen Ordnungsprinzipien ad absurdum führen“ (PAZ 30.07.11).

Diese Republik braucht nicht so dringend Wut-Bürger als vielmehr Mut-Bürger, die sich erheben und nicht mehr hinnehmen, daß der Wille des obersten Souveräns der Republik, des Bürgers, in politischer Verblendung und Überheblichkeit mit Füßen getreten wird. Oder anders ausgedrückt: Diese Republik braucht mehr Sarrazin und weniger Muezzin!

Dänemark hat durch eine neue vernünftige Einwanderungspolitik in wenigen Jahren 6,7 Milliarden Euro eingespart. Trotzdem kosten die nicht europäischen Ausländer das kleine Königreich jährlich 2,3 Milliarden Euro, während die europäischen Ausländer dem Ländle einen Überschuß von jährlich rund 300 Millionen Euro bescheren. Welcher Deutsche wünscht sich da nicht eine dänische Regierung? ...

Wir haben es einfach nur satt, daß uns die Asylanten- und Migrantpolitik, wie es die Wirtschaftsexperten schätzen, jedes Jahr weit über 80 Milliarden Euro kostet, die im unersättlichen Moloch der Einwanderungsindustrie (Gewerkschaften, Sozialarbeiter, Politiker, Rechtsanwälte, Arbeitgeber, u.s.w.) verschwinden. Wir haben es satt, daß uns die Migranten bislang mehr als die Euro-Krise gekostet haben und gigantische Schäden in unseren Sozialsystemen verursacht haben (laut dem ehemaligen FAZ-Redakteur Dr. Udo Ulfkotte in seinem Buch „Kein Schwarz, kein Rot, kein Gold“, Kopp-Verlag 2010).

Und wir haben es satt, daß laut dem Innenminister Thomas de Maiziére sich zwei Millionen Zuwanderer gar nicht erst eingliedern wollen.

Laut einer Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA aus dem Jahre 2008 führt dieser nicht vorhandene Wille zur Integration zu Regionen, in denen das Recht der angestammten Bevölkerung ausgehebelt wird. Das wiederum führe bis zum Jahr 2020 in Deutschland und in anderen europäischen Staaten zu Bürgerkriegen.

Deshalb: Wir haben es satt, tolerant bis in den Staatsbankrott zu sein.

Wir fordern die Übernahme des dänischen Einwanderungsrechts! Und wir fordern ein Jahr gemeinnützige Tätigkeit für alle heranwachsenden Bürger, was dem Gemeinwohl und auch der Integration der Einwanderer nur förderlich sein kann. Dazu gehört auch die staatliche Beschäftigung aller Bürger, die Sozialleistungen beziehen, insbesondere unserer ausländischen Mitbürger, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, nicht für immer in der Schuld ihrer deutschen Mitbürger zu stehen, die sie wohlwollend ernähren, kleiden und ihnen großzügig ein Dach über dem Kopf geben.

In memoriam

Wir trauern um Tim Bernard, den der Tod aus unseren Reihen genommen hat. Und auch Maria Becker wird die FBU stets in dankbarer Erinnerung behalten.

Aus der Arbeit der FBU – LV Saar:

Nachschau Seminar

Vom 24. – 26.06.2011 fand im Hotel Maldix am Littermont unser diesjähriges politisches Seminar statt. Insbesondere freuten wir uns über Teilnehmer aus den FBU-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Auch das Wetter spielte mit. So konnten wir am Samstag den Littermont besteigen und eine tolle Aussicht weit über das Saarland genießen. Überhaupt gefiel uns allen, dass das Hotel so schön im Grünen liegt. Für 20 Euro Eigenbeitrag übernahm die FBU 2 Übernachtungen mit Frühstück sowie das Mittagessen am Samstag. Auch vom politischen Nährwert können wir Teilnehmer noch lange zehren. RR

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- Kreisverband Völklingen: Jeweils der **1. Dienstag im Monat** im Hacienda Grill, außer feiertags, 19.30, Köllner Str. 1, Püttlingen, Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0177-2153613
- Landesverband: **Dienstag, den 25.10.2011, Hotel Sassenberger**, Kaiserstr. 99, SB-Scheidt, und am **Dienstag, dem 22.11.2011**, jeweils um 19 Uhr, Tel. 0681-814719. Parkplätze hinterm Haus. Gäste sind herzlich willkommen, Landesvors. G. Gabriel, Tel. 0175-4479344.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Montag im Monat**, 19 Uhr im Café Stormwind, Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf, Tel. 06831-5121, Ansprechpartner: Reinhold Rupp, Tel. 0175-3428196.

Achtung ! Bitte vorab vermerken:

Termin der nächsten **Bundesversammlung**: Samstag, der 14.01.2012, es ergeht noch eine gesonderte Einladung in der Weihnachtsausgabe der *Stimme der Freiheit*.

Der politische Witz

An der deutsch-dänischen Grenze wird ein deutsches Fahrzeug kontrolliert. Im Kofferraum liegt ein prall gefüllter Sack. Der Zöllner fragt nach dem Inhalt. Der Fahrzeugführer antwortet: „Das ist die Regierung von Berlin.“ Der Zöllner fühlt sich veralbert und weist den Mann an, den Sack zu öffnen. Erstaunt stellt er fest: „Das sind doch lauter Lumpen“. „Ja“, antwortet der Mann, „hab’ ich doch gesagt“.

Bitte beachten sie den Redaktionsschluß für die *Stimme der Freiheit* 4/11. Es ist der 15.11.2011

Das Kürzel PR steht für „Public Relation“, auf gut deutsch für Öffentlichkeitsarbeit. Die Artikel sind von unserem Pressereferenten und Politredakteur, auch hierfür steht die Abkürzung PR.

Vieles wird nicht gewagt, weil es zu schwer scheint. Jedoch, liebe Freunde, vieles scheint nur darum schwer, weil es nicht gewagt wird. „Was ich am tiefsten verabscheue, ist die traurige Rolle des Zuschauers, der unbeteiligt tut oder ist. Man soll nie zuschauen – man soll mittun und Verantwortung tragen. Der Mensch ohne Verantwortung? Der zählt nicht!“ (Antoine de Saint-Exupéry)

Gerne würden auch wir mehr tun und die Auflage unserer Zeitung erhöhen. Leider sind wir dazu auf Spenden angewiesen. Deshalb können wir gar nicht häufig genug DANKE sagen an alle Freunde und Parteimitglieder, die immer wieder einen kleinen Beitrag leisten, um die *Stimme der Freiheit* zu unterstützen.

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite: www.freie-bürger-union-bundesverband.de,

V.i.S.d.P.: Reinhold Rupp, Chefredakteur, Mail-Adresse: reinholdo1@gmx.de

Anschrift: FBU, Reinhold Rupp, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon: 0175-3428196, Fax: 06831-3554

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 700

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Bankverbindung: FBU Saar, Sparkasse Saarbrücken, Konto Nr.: 29012655, BLZ: 59050101.

Der Staatssekretär vom Zeit-Geist-Ministerium warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit!